

## Wichtige Rolle bei Katastrophenschutzübung Lükex: Übungskommunikation

crisadvice - Medienberater an Planung, Vorbereitung und Durchführung beteiligt

Bund und Länder haben mit LÜKEX zum ersten Mal länderübergreifend gemeinsames Management von Großschadensereignissen geübt. Ein zentrales Element war dabei die Übungs-Kommunikation. Mit der Leitung des Stabes unter dem Namen "Presse-Üb" bei der zentralen Übungsleitung in Ahrweiler bei der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wurde Peter Höbel von der Frankfurter Unternehmensberatung crisadvice beauftragt.

Bereits Wochen vor der Übung war crisadvice - Medienberater Höbel an der Vorbereitungen der Großübung beteiligt, unter anderem in Planungs-Workshops der AKNZ in Ahrweiler. Gemeinsam mit Krisen-PR Dozenten der AKNZ wurden dann simulierte Medien-Berichte, Presse-Mitteilungen, Presseanfragen und „Medien-Lagen“ als sogenannte Spieleinlagen entwickelt. Diesen Einlagen wurden während der Übung aktualisiert und der Lage angepasst von Ahrweiler aus zentral in die eingespeist. Außerdem wurden die übenden Stäbe von erfahrenen Pressesprechern und Akademie-Dozenten von „Presse-Üb“ laufend mit simulierten aktuellen „Medien-Anfragen“ konfrontiert.



Erfahrene Pressesprecher und Dozenten der AKNZ steuern zentral für die vier beteiligten Länder und die Bundesministerien und -Behörden von Ahrweiler aus die Übungs-Kommunikation. Vorne links der Leiter des Stabes „Presse-Üb“ Peter Höbel.

Foto: AKNZ



## **Erste große Bewährungsprobe bestanden:**

### **BEI DER GROßÜBUNG LÜKEX ZEIGT DAS NEUE BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND KATASTROPHENHILFE FLAGGE**

Acht Bundesministerien und vier Länder üben erstmals gemeinsam - fast 6000 Beteiligte - Naturkatastrophen und Terrorlagen zu bewältigen

**Bonn** - Fast 6000 Mitarbeiter aus Verwaltung, Wirtschaft, Polizei haben unter dem Namen "LÜKEX" drei Tage lang gemeinsam Krisenmanagement zur Bewältigung von Naturkatastrophen und Terrorlagen geprobt. An der größten zivilen Stabsrahmenübung seit 1989 haben acht Bundesministerien und die vier Länder Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Schleswig-Holstein teilgenommen.

Außerdem waren mehr als 100 Wirtschaftsunternehmen aus den Sparten Energieversorgung, Wetterdienst, Post und Telekommunikation, Flugsicherung, Wasserversorgung, Chemie, Ernährungswirtschaft, Verkehr und Transport sowie Gesundheitswesen beteiligt. Die Bezeichnung "LÜKEX" steht für "Länderübergreifende Krisenmanagement Exercise". Gleichzeitig war die Übung die erste große Bewährungsprobe für das am 1. Mai dieses Jahres neugeschaffene Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Die zum BBK gehörende Akademie für Krisenmanagement und Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) hat die Großübung geplant und mit mehr als 700 Beteiligten im ganzen Bundesgebiet gesteuert.

Ziele der Übung waren, die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor möglichen Naturkatastrophen und Terrorgefahr zu optimieren. Erfolgreiches Krisenmanagement ist nur möglich, wenn die zuständigen Behörden mit betroffenen Wirtschaftsunternehmen und Medien reibungslos zusammenarbeiten. Bei der Übung wurden zudem operative Abläufe und Verfahren des Krisenmanagements in Bund und Ländern trainiert. BBK Das Szenario der Übung "LÜKEX" ging von einer angespannten Sicherheitslage mit Drohungen und terroristischen Anschlägen in Deutschland aus. Gleichzeitig legte ein Orkan in Bayern und Baden-Württemberg die Stromversorgung und Infrastruktur großflächig und langanhaltend lahm.

Das ebenfalls zum BBK gehörende "Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder" (GMLZ) sowie das deutsche Notfallvorsorge- Informationssystem (deNIS) wurden von der "Interministeriellen Koordinierungsgruppe des Bundes und der Länder für großflächige Gefahrenlagen eingebunden. Der neue Präsident des BBK, Christoph Unger, zieht ein positives Fazit der Großübung LÜKEX: "Wir haben Flagge gezeigt, unsere Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und eine Vielzahl von Möglichkeiten erkannt, noch besser zu werden." Gleichzeitig sprach der Präsident allen Beteiligten der Übung Dank und Anerkennung für ihre Leistung aus.



## **Katastrophenschutz - Im Ernstfall eine Katastrophe**

05. Dezember 2004 Eher fällt ein Meteorit auf den Reichstag, als dass islamistische Terroristen in Berlin einen Anschlag verüben. Diese einigermaßen kühne These legt zumindest die vom Berliner Katastrophenschutz erarbeitete "Gefahrenanalyse für das Land Berlin" nahe.

Das Papier mit dem Vermerk "Nur für den Dienstgebrauch" stammt nicht etwa aus den siebziger Jahren, sondern trägt das Datum 1. Juni 2003 - Erscheinungstermin also knapp zwei Jahre nach den verheerenden Attentaten vom 11. September 2001. Den "Gefahren, die von Meteoriten oder Raumflugkörpern" für die Hauptstadt ausgehen können, widmet die amtliche Analyse ganze zwei Seiten, das Thema "Terroranschläge - politisch motivierte Ausländerkriminalität" wird in elf dünnen Zeilen abgehandelt. Doch nicht bei uns!

Und zwar mit folgendem Ergebnis: "Für viele der hier lebenden Ausländer und deren politische Organisationen stellt die Bundesrepublik Deutschland ein Rückzugsgebiet bzw. die Basis für deren politische Aktivitäten dar. Aus diesem Blickwinkel erscheinen jegliche terroristische Aktivitäten auf bundesdeutschem Territorium kontraproduktiv."

Mit anderen Worten: Solange brave Zeitgenossen wie Mohammed Atta in Deutschland den Massenmord nur planen, aber in Amerika oder anderswo zur Ausführung bringen, besteht kein Grund zur Sorge. Und diese Unbekümmertheit ist durchaus kein auf Berlin beschränktes Phänomen, sondern kennzeichnet die Notfall-Vorsorge in der gesamten Bundesrepublik. Denn kaum ein Industrieland ist auf Großschadensfälle und Katastrophen so schlecht vorbereitet wie Deutschland.

### ***Schnell ein folgenloses Konzept***

Ob Mediziner, Brandexperten, Polizeifunktionäre oder Juristen - alle warnen davor, daß man in Deutschland völlig unzureichend auf einen Anschlag mit Hunderten Toten und Verletzten gerüstet sei. "Der Zivil- und Katastrophenschutz dümpelt seit den neunziger Jahren vor sich hin", klagt etwa Ursus Fuhrmann, zuständiger Abteilungsleiter beim Deutschen Städtetag.

Der Verband, in dem mehr als 5500 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen sind, hat überraschend schnell auf die Ereignisse vom 11. September reagiert und bereits im März 2002 ein Konzept vorgelegt, wie der Katastrophenschutz in Deutschland reformiert werden müsse, um auf vergleichbare Szenarien vorbereitet zu sein - angefangen bei der Organisation bis hin zur Trinkwassernotversorgung. Geschehen ist seither dennoch nichts, die Bundesländer, bei denen die Zuständigkeit für diese Aufgaben liegt, haben allein anderthalb Jahre gebraucht, um sich überhaupt erst auf bestimmte Grundanforderungen im Fall von Großschadenslagen zu verständigen. "Da wird mit einem unglaublichen Provinzialismus ans Werk gegangen", empört sich Fuhrmann.

### ***„Wir haben einfach nie geübt“***

Dabei sind die Defizite allen Beteiligten längst bekannt. Das beginnt bei der massenweise medizinischen Notfallversorgung, auf die praktisch keine Kommune und kein Ballungsraum vorbereitet sind. "Wir haben in Deutschland einfach nie für Schadensszenarien geübt, bei denen es Hunderte, vielleicht sogar mehr als tausend Verletzte gibt", sagt Professor Bernd Domres, designierter Präsident der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin: "Da klafft eine Riesenlücke."

Eine 3,4-Millionen-Einwohner-Stadt wie Berlin kann mit ihren sämtlichen Krankenhäusern die Ad-hoc-Behandlung von maximal achthundert Verletzten gewährleisten - und gilt damit im Vergleich zu anderen deutschen Kommunen als leuchtendes Beispiel für effizienten Katastrophenschutz. Andere Großstädte wären nach Expertenmeinung schon mit dreihundert Notfallpatienten heillos überfordert.

### ***Im Katastrophenfall eine Katastrophe***

Dabei wird es künftig sogar eher noch enger. "Was die Vorbereitung auf Katastrophen angeht, profitieren die Krankenhäuser allenfalls von früheren Zeiten, als es uns wirtschaftlich besser ging", ist Professor Norbert Haas



überzeugt. Sorgen bereiten dem Notfallmediziner an der Berliner Charité vor allem das neue Vergütungssystem für Krankenhäuser. Im Unterschied zum einstigen Selbstdeckungsprinzip sollen die Kliniken ihr Geld in Zukunft nämlich auf Basis so genannter Diagnosebezogener Fallpauschalen erhalten, also entsprechend der Zahl der behandelten Patienten. Das klingt zunächst zwar ökonomisch sinnvoll, könnte sich im Katastrophenfall aber als Katastrophe erweisen. Wenn etwa Wartezimmer in Krankenhäusern bei Massenandrang binnen Sekunden in Behandlungsräume umgewandelt werden sollen, müssen vorher die entsprechenden technischen Voraussetzungen geschaffen worden sein. So etwas kostet Geld, das über Fallpauschalen bei Regelbetrieb aber nicht einzutreiben ist. "Da könnte man auch der Feuerwehr die Mittel streichen, nur weil es in einer Gemeinde ein Jahr lang nicht gebrannt hat", lautet der Einwand vieler Notfallmediziner.

### **„Da wären wir schnell am Ende“**

Auf so etwas brauchen die Feuerwehren sich zwar nicht einzustellen, doch dafür haben sie andere Probleme. Im Falle eines Anschlags mit atomaren, biologischen oder chemischen ("ABC"-)Kampfstoffen wären nämlich auch sie heillos überfordert. Vor zehn Jahren wurde für Deutschland ein Bedarf von 1400 Spezialfahrzeugen ermittelt, mit denen ABC-Verseuchte Gebiete erkundet werden können, derzeit stehen etwa 350 dieser Geräte zur Verfügung. "Um den Grundschutz sicherzustellen, bräuchten wir mindestens doppelt so viele", sagt Bernd Pawelke, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Ganz zu schweigen vom Fehlen einer so genannten Messleitkomponente, mit der die im Erkundungsfahrzeug ermittelten Daten aufbereitet und an die Einsatzleitstelle weitergegeben werden können. An die Möglichkeit eines Attentats mit ABC-Stoffen - zum Beispiel die berühmte "schmutzige Bombe" - mag Pawelke auch aus anderen Gründen gar nicht denken: "Wenn es darum geht, dass wir die betroffene Bevölkerung dekontaminieren müssten, wären wir sehr schnell am Ende."

### **Schwachstelle Kommunikation**

Katastrophenmediziner Domres kann dieser Einschätzung nur beipflichten: "Um fünfzig Schwerverletzte von chemischen Substanzen zu reinigen, benötigt man rund achtzig Kräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten - das lässt sich flächendeckend überhaupt nicht vorhalten."

Kaum noch zu unterbieten ist der deutsche Ausrüstungsstandard auf einem ganz besonders wichtigen Feld - dem der Kommunikation. Ob nach einem Attentat, bei einem Großbrand oder während einer Flutkatastrophe: Um möglichst viele Menschenleben retten zu können, müssen sämtliche Einsatzkräfte ständig miteinander und mit dem Lagezentrum in Kontakt stehen. Wohin mit den Verletzten? Wer sorgt für Medikamente? Wo werden Ärzte am dringendsten gebraucht? Ohne permanenten Informationsaustausch droht Chaos, um so wichtiger sind funktionierende Funkverbindungen. Und genau die sind in Deutschland nicht gewährleistet, weil bei uns noch mit analogen Systemen gefunkt wird. "Der Funkverkehr bricht oft schon zusammen, wenn bei einem Einsatz nur vier oder fünf Feuerwachen beteiligt sind - und das passiert in der Bundesrepublik zwei- bis dreimal jede Woche", sagt der Berliner Landesbranddirektor Albrecht Brömme.

### **„Immerhin auf dem Niveau von Albanien“**

Sämtliche Industriestaaten haben längst auf das wesentlich leistungsfähigere digitale Funknetz umgesattelt, in Deutschland dagegen leisten sich Bund und Länder seit Jahren einen erbitterten Streit darüber, wer wie viel von den Kosten für eine dringend notwendige Umrüstung tragen soll. Spätestens bis zum Großereignis der Fußball-WM 2006 hätte der Digitalfunk eigentlich installiert sein müssen - dass daraus nichts mehr wird, steht heute schon fest. Während Brömme nur noch Galgenhumor aufbringt ("Was den Funk angeht, sind wir in Deutschland immerhin auf dem Niveau von Albanien"), sieht der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, die Situation ganz entspannt: Ein Ruhmesblatt habe man sich zwar nicht verdient, "aber so schlecht ist der Analogfunk auch wieder nicht". Die Liste der technischen Defizite im Katastrophenschutz ließe sich ohne weiteres verlängern. Die eigentliche Crux aber besteht in der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Während die Außenverteidigung reine Bundesangelegenheit ist, fällt der Katastrophenschutz unter die alleinige Obhut der Länder. Und das hat teilweise groteske Folgen. So herrschte beispielsweise jahrelang Verwirrung, wenn bei einem Großbrand die Feuerwehr aus einem benachbarten Bundesland angefordert werden musste. Während etwa hüben ein "Bereitschaftszug" 24 Mann



umfasste, waren es auf der anderen Seite der Landesgrenze doppelt so viele Einsatzkräfte. "Aber gerade in Katastrophenfällen muss die Verständigung kurz und eindeutig sein", weiß Brömme aus leidvoller Erfahrung. Mittlerweile konnten sich die Feuerwehren zwar auf eine einheitliche Terminologie einigen, die Bundesländer jedoch haben sich diese nur sehr zögerlich und wiederum mit Abweichungen zueigen gemacht.

#### ***Effiziente Hilfe scheitert an der Kleinstaaterei***

Im Gestrüpp der föderalen Strukturen hat sich noch manch andere gute Idee verfangen. So wie "Denis", die mit einigem Aplomb vom Bund initiierte Datenbank, von der sämtliche Informationen zum Katastrophenschutz - Standorte aller Krankenhäuser ebenso wie mögliche Gefahrenherde - in ganz Deutschland abrufbar sein sollten. Mittlerweile arbeiten die Länder an eigenen Datenbanken, "mit dem Ergebnis, dass Denis ausgetrocknet wird", wie Ursus Fuhrmann vom Deutschen Städtetag befürchtet. Auch bei der Flutkatastrophe in Sachsen sei eine effiziente Hilfe an der deutschen Kleinstaaterei gescheitert: "Da wurde enorm viel Gerät in Bewegung gesetzt, aber keiner wusste vom anderen, wo er gerade stand", so Fuhrmann. Selbst die Lebensmittelversorgung und Unterbringung der Helfer hätte wegen mangelnder Oberaufsicht nicht sichergestellt werden können.

#### ***Immerhin: eine erste Länderübergreifende Übung***

Fuhrmann ist deshalb mitnichten allein, wenn er eine "koordinative Befehlsgewalt des Bundes für Katastrophenfälle" fordert. Konrad Freiberg etwa, Vorsitzender der "Gewerkschaft der Polizei", spricht sich ganz vehement dafür aus, SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz dagegen wägt seine Worte etwas vorsichtiger. Der Politiker kennt nämlich die Empfindlichkeiten der Landesfürsten und spricht daher von einer "Koordinierungs- und Führungsfunktion des Bundes in extremen Ausnahmefällen". Glaubt man den Beteiligten, stehen die Chancen für eine entsprechende Verfassungsänderung gar nicht schlecht. **Vergangene Woche konnten Bund und Länder jedenfalls schon mal testen, ob sich Katastrophen in trauter Zusammenarbeit besser beherrschen lassen. Zum ersten Mal wurde bei einer dreitägigen Übung unter Federführung des Bundesinnenministeriums ein ressort-, fach- und vor allem Länderübergreifendes Krisenmanagement ausprobiert.** "Das Szenario der Übung geht von einer angespannten Sicherheitslage mit Drohungen und terroristischen Anschlägen aus. Gleichzeitig legt ein Orkan die Stromversorgung großflächig lahm", hieß es dazu in einer Mitteilung des Bundesinnenministeriums. Aber was sind schon Orkane und Terroristen im Vergleich zu den Partikularinteressen der Bundesländer...

(Quelle:

[Frankfurter Allgemeine Zeitung](#))



## **Krisenmanagement-Übung LÜKEX in Bayern erfolgreich abgelaufen**

**Beckstein: "Föderale Aufgabenverteilung im Katastrophenschutz und bayerische Führungsstrukturen eindrucksvoll bestätigt"**

**Pressemitteilung Nr. 502/04 München, 01. Dezember 2004** Weltweit zu beobachtende Klimakapriolen und wachsende Terrorgefahr stellen den Katastrophenschutz vor gewaltige Herausforderungen. Die für den Katastrophenschutz zuständigen Länder müssen in der Lage sein, solche Szenarien zu bewältigen sowie länderübergreifend und mit dem Bund zusammenzuarbeiten. Bayern führte deshalb vom 29. November bis 1. Dezember 2004 gemeinsam mit dem Bund und den Ländern Baden-Württemberg, Berlin und Schleswig-Holstein eine länderübergreifende Krisenmanagement-Übung LÜKEX 2004 durch, bei der vor dem Hintergrund einer Mega-Krise mit Naturkatastrophen, Stromausfällen und Terroranschlägen die Organisation und die Ressourcen des Katastrophenschutzes und der Polizei auf dem Prüfstand standen. Innenminister Dr. Günther Beckstein zeigte sich in einem ersten Fazit mit dem Ablauf der Übung und der Motivation der zahlreichen beteiligten Behörden und Dienststellen zufrieden: "'LÜKEX 2004' hat die Effektivität der bayerischen Führungsstrukturen, die sich lageangepasst flexibel zusammensetzen, bestätigt. Wir verfügen über funktionierende Koordinierungs- und Steuerungsinstrumentarien im Katastrophenschutz. Dabei ist die Zuständigkeit der Länder für den Katastrophenschutz ein wichtiger Garant für einen bestmöglichen Schutz unserer Bevölkerung."

An der Übung waren das Bayerische Staatsministerium des Innern und die Regierungen als oberste und mittlere Katastrophenschutzbehörden, die Staatskanzlei, die Ministerien und verschiedene Polizeidienststellen beteiligt. Einbezogen waren auch Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Technisches Hilfswerk, Deutscher Wetterdienst sowie Unternehmen aus den Bereichen Energieversorgung, Bahn, Post- und Telekommunikation sowie Wasserversorgung. Simuliert wurde der Kriseneinsatz von über 100.000 Feuerwehrleuten, 11.000 Rettungskräften der Hilfsorganisationen, bis zu 15.000 Soldaten der Bundeswehr und zahlreiche Hilfskräfte des THW und des Bundesgrenzschutzes sowie weite Bereiche der bayerischen Polizei. Außerdem stand die Sicherstellung von wichtiger Infrastruktur wie Strom, Verkehr, Telekommunikation und Versorgung der Bevölkerung im Mittelpunkt der Übung. Geprüft wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Bund, soweit er die Länder bei der Bewältigung von Katastrophen unterstützen kann. Das Ziel, Optimierungsmöglichkeiten im Ablauf und in den Vorkehrungen für größere Einsätze zu gewinnen, wurde laut Beckstein erreicht. "Wir müssen konsequent alle unsere Vorkehrungsmaßnahmen immer wieder auf den Prüfstand stellen.

Nur so können wir unserem Auftrag im Bevölkerungsschutz verantwortungsvoll nachkommen. Die Übung wird zusammen mit allen Beteiligten sorgfältig ausgewertet. Wo es notwendig ist, werden wir unsere Vorbereitungsmaßnahmen nachsteuern", so der Minister. Die Krisenmanagement Übung wurde von der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundes zusammen und in Abstimmung mit den beteiligten Ländern erarbeitet. Sie war ein Pilotprojekt für Übungen in anderen Ländern. Auch Übungsanlage und Übungsvorbereitung bedürfen einer sorgfältigen Auswertung.

Bayerisches Staatsministerium des Innern, Pressestelle

Telefon: (089) 2192 - 2108/-2114 E-Mail: [presse@stmi.bayern.de](mailto:presse@stmi.bayern.de)

**Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern**



## **Krisenmanagement-Übung in Baden Württemberg erfolgreich**

### **Innenminister Heribert Rech: Die föderalen Strukturen im Katastrophenschutz haben sich bestens bewährt**

Baden-Württemberg hat vom 29. November bis 1. Dezember gemeinsam mit dem Bund und den Ländern Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein die Länderübergreifende Katastrophenschutz Übung „LÜKEX 2004“ durchgeführt. Alle Ministerien des Landes, die vier Regierungspräsidien sowie 16 Stadt- und Landkreise haben dabei ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Bei der Übung wurden Naturkatastrophen, weitreichende Stromausfälle, Terroranschläge und Versorgungsengpässe simuliert und die Bewältigung dieser Probleme auf den Prüfstand gestellt.

Innenminister Heribert Rech zeigte sich in einer ersten Bewertung mit dem Ablauf der Übung zufrieden lobte die hervorragende Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, „denen ich ausdrücklich danke.“ LÜKEX habe gezeigt, dass die föderalen Strukturen im Katastrophenschutz richtig seien und sich bewährt hätten. Das in Baden-Württemberg neu eingeführte Stabsmodell und die damit verbundene zeitgemäße Verwendung modernster Führungs- und Kommunikationsmittel hätten ihre Feuerprobe bestanden: „Es ist erfreulich, wie effizient komplexe Schadenslagen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen unserer Landesverwaltung gemeistert wurden.“

Das fiktive Szenario sei nicht einfach gewesen: Das gesamte Land Baden-Württemberg wurde von einer Extremwetterlage mit Orkanen, Schneefällen, Dauerregen und Eisglätte überzogen. Drei Tage lang herrschten Situationen, die das Leben zum Erliegen brachten. Alle Städte- und Gemeinden waren ohne Stromversorgung. Abgedeckte Dächer, blockierte Straßen, Kälte und Stürme sowie eine komplett fehlende Infrastruktur führten zu chaotischen Verhältnissen. Überlagert wurde das Extremszenario durch die weltweite terroristische Bedrohungslage, und einen Gift-Anschlag auf das Kongresszentrum in Pforzheim. Tote und Verletzte waren nicht nur in Pforzheim, sondern aufgrund der Wetterlage im ganzen Land zu beklagen.

Bei der Übung galt es vor allem, die vielfältigen Probleme bei einer Bedrohung der Grundversorgung der Bevölkerung zu bewältigen und die zahlreichen Möglichkeiten zur Schadensabwehr koordiniert zu nutzen. Besonders wichtig war, durch eine optimale Koordination zwischen den Fachressorts Synergieeffekte zu nutzen und die bestmögliche Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Fragen der Gesundheitsversorgung, der Ernährungssicherstellung, der polizeilichen Sicherheit, der Trinkwasserversorgung oder der Abfallentsorgung sind beispielhaft für die zahlreichen Problemfelder zu nennen. Rech: „Wir müssen künftig noch mehr innovative Ideen nutzen, um trotz immer knapper werdender finanzieller Ressourcen unsere Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die in Baden-Württemberg in den letzten zwei Jahren entwickelten und eingeführten modernen Verfahren zum Krisenmanagement sind der richtige Weg. Hervorzuheben sei auch die gut funktionierende Arbeit in den Stäben bei den Stadt- und Landkreisen, den Regierungspräsidien, den Ministerien und beim koordinierenden Interministeriellen Verwaltungsstab.“

[\(Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg\)](#)



## ***Bund und Länder üben gemeinsames Krisenmanagement***

**Bund und Länder werden vom 29. November bis 1. Dezember 2004 in der Länderübergreifenden Krisenmanagementübung LÜKEX zum ersten Mal ein gemeinsames Management von Großschadensereignissen üben. Dazu erklärt Bundesinnenminister Otto Schily:**

"Zum effektiven und zeitgemäßen Schutz der Bevölkerung vor großflächigen Gefahren kommt einem Länderübergreifenden Krisenmanagement große Bedeutung zu. Dies haben die Erfahrungen aus den Ereignissen vom 11. September 2001 und der Hochwasserkatastrophe 2002 an der Elbe gezeigt. Bund und Länder haben bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Hierzu gehört z.B. die Einrichtung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie die Bereitstellung von ABC-Ausrüstung für die Länder. Die Länder haben darüber hinaus ein Konzept für eine bundesweite Länderübergreifende Katastrophenhilfe erarbeitet und eingeführt.

Mit dieser Länderübergreifenden Übung erproben wir die Zusammenarbeit bei Naturkatastrophen und terroristischen Bedrohungen. Dabei wird der Einsatz von Bevölkerungsschutz und Polizei in Krisenfällen auf (Regierungs-) Bezirks-, Länder- und Bundesebene koordiniert. Konkrete Erkenntnisse für eine reale, terroristische Gefährdung liegen aber derzeit nicht vor."

Das Szenario der LÜKEX Übung geht von einer angespannten Sicherheitslage mit Drohungen und terroristischen Anschlägen aus. Gleichzeitig legt ein Orkan die Stromversorgung großflächig lahm. Ziel ist es, effektive Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Einrichtungen zu üben. Es wird erprobt, wie die zuständigen Behörden und privaten Unternehmen einschließlich der betroffenen gewerblichen Wirtschaft zusammenwirken können. Die Übung soll Bedrohungspotentiale analysieren und abgestimmte Reaktionen erarbeiten. LÜKEX ist eine reine Stabsrahmenübung, in der die Gefahren nur theoretisch simuliert werden.

Unter Führung des Bundesinnenministeriums mit seinen Krisenstäben nehmen sieben weitere Bundesministerien, die Länder Bayern und Baden-Württemberg mit 38 Kreisverwaltungsbehörden, sowie Berlin und Schleswig-Holstein an der Übung teil. Darüber hinaus sind mehr als 100 Unternehmen aus der Wirtschaft einbezogen. Sie kommen aus den Bereichen Energieversorgung, Wetterdienst, Post und Telekommunikation, Flugsicherung, Wasserversorgung, Chemie, Ernährungswirtschaft, Verkehr und Transport sowie Gesundheitswesen.

Das neu geschaffene Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wird ebenfalls mit dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) und dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) an der Übung mitwirken.

*(Quelle: Presseerklärung Bundesministerium des Inneren)*



## **Baden-Württemberg führt Großübung durch**

**Innenminister Heribert Rech: "Nur Üben macht den Meister"**

Baden-Württemberg führt vom 29. November bis 1. Dezember 2004 gemeinsam mit dem Bund und den Ländern Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein eine Großübung durch. Bei dieser „1. Länderübergreifenden Krisenmanagementübung 2004 (LÜKEX)“ sollen die Strukturen des Bevölkerungsschutzes im Land auf der Ebene der Ministerien, der vier Regierungspräsidien und in 16 Stadt- und Landkreisen auf den Prüfstand gestellt werden. Auch die Länderübergreifende Zusammenarbeit wird erprobt. Das teilte Innenminister Heribert Rech am Donnerstag, 18. November 2004, in Stuttgart mit.

„Zunehmende Naturkatastrophen und bisher unvorstellbare Szenarien des internationalen Terrorismus bedrohen die Welt und damit auch Deutschland. Wir haben in Baden-Württemberg eine Vielzahl von Vorsorgemaßnahmen ergriffen. Dazu gehört beispielsweise eine verbesserte Ausstattung der Polizei und des Katastrophenschutzes durch das Anti-Terror-Programm der Landesregierung und ein neues, wirksames und effektives Krisenmanagement“, sagte der Innenminister.

Ziel dieses neuen Führungssystems sei es, im Ernstfall die Stäbe in den Behörden umgehend einzusetzen, denselben Informationsstand der Verantwortlichen auf allen Ebenen sicherzustellen und damit auch die Bevölkerung und die Medien möglichst schnell und umfassend zu informieren.

In Baden-Württemberg sei mit dem neuen Modell zur Bildung von Krisenstäben bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen, das der Ministerrat im Juli diesen Jahres verabschiedet habe, ein neues Konzept für die Stabsarbeit auch über Ländergrenzen hinweg geschaffen worden. Dieses werde jetzt als Stabsrahmenübung in den beteiligten Behörden getestet. „Echte Einsatzkräfte“ an simulierten Schadensorten seien nicht vorgesehen. Auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werde nur fiktiv gemacht.

Das Szenario der Übung gehe von einer angespannten Sicherheitslage mit Drohungen und terroristischen Anschlägen aus. Gleichzeitig lege ein Orkan die Stromversorgung großflächig lahm. Konkrete Erkenntnisse für solche realen Gefährdungen lägen aber derzeit nicht vor, die Gefahren würden nur simuliert.

„Baden-Württemberg ist bei der Vorbeugung gegen Gefahren und bei der Bewältigung ihrer möglichen Folgen gut aufgestellt. Jetzt gilt es, das Zusammenspiel aller Beteiligten nach unseren neuen Regeln zu trainieren. Denn nur Üben macht den Meister“, so Heribert Rech.

In Baden-Württemberg nehmen an der Übung alle zehn Ministerien, die vier Regierungspräsidien, 16 Stadt- und Landkreise (siehe unten) und verschiedene Polizeidienststellen teil. Einbezogen sind auch Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, THW, Deutscher Wetterdienst sowie Unternehmen aus den Bereichen Energieversorgung, Bahn, Post- und Telekommunikation sowie Wasserversorgung. Auch Experten der Feuerwehren und von Hilfsorganisationen im Land (DRK, Johanniter-Unfall-Hilfe, DLRG, Malteser-Hilfsdienst) sind eingebunden.



***Beteiligte Stadt- und Landkreise in Baden Württemberg***

*Regierungsbezirk Freiburg*

Stadt Freiburg, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis Emmendingen, Schwarzwald-Baar-Kreis

*Regierungsbezirk Karlsruhe*

Stadt Karlsruhe, Stadt Mannheim, Stadt Pforzheim, Rhein-Neckar-Kreis

*Regierungsbezirk Stuttgart*

Stadt Stuttgart, Landkreis Böblingen, Landkreis Esslingen, Rems-Murr-Kreis

*Regierungsbezirk Tübingen*

Stadt Ulm, Alb-Donau-Kreis, Bodenseekreis, Zollernalbkreis

*(Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg)*